

# Angriff auf die sozialen Systeme!

## Kolleginnen und Kollegen,

Der sozialdemokratische Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in seiner Regierungserklärung am 14.03.03 den bisher massivsten Angriff auf die Lebensverhältnisse der von Erwerbsarbeit Abhängigen gestartet. Die Umsetzung der Hartz-Vorschläge genügt der Regierung nicht mehr, um dem Druck durch die Unternehmer und der Kosten für die steigende Zahl der Erwerbslosen zu begegnen. Statt Vorschlägen zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen macht er Vorschläge für die Schaffung von weiteren Gewinnen und Steueranreizen für Unternehmen und Vermögende. Die sozialen Sicherungssysteme und Schutzrechte für uns werden ausgehöhlt und abgebaut. Dass die SPD-Linke das Abbauprogramm nicht unwidersprochen schluckt, ist gut. Aber wir dürfen nicht darauf vertrauen, dass das zu mehr als kosmetischen Korrekturen ausreicht.

Die Gewerkschaften sollen die immer krasserem Angriffe auf die Schwächsten der Gesellschaft hinnehmen und ihren Mitgliedern auch noch verkaufen. Die Vorstände von Gewerkschaften rufen zur Gegenwehr auf – doch eine Mobilisierung der Mitglieder in Fernsehen, Internet und über ihre Presse reicht nicht aus. Protest „im Saale“, wie es bei der Einführung der Renten“reform“ zu Lasten der Lohnabhängigen größtenteils der Fall war, verhindert den Abbau nicht.

## Überall müssen die Kolleginnen und Kollegen sich selbst wehren: am Arbeitsplatz, beim Arbeitsamt, in der Öffentlichkeit. Wenn wir es nicht tun:

- **...werden wir die jährlich 7,8 Milliarden Euro Krankengeld** ab der 7. Woche allein aufbringen müssen. Das ist ein Geschenk an die Unternehmer aus unseren Taschen. Für uns steigen die **Beiträge** für die Krankenversicherung, **für die Unternehmer werden sie gesenkt!** Dabei werden so viele Menschen erst durch die Arbeit krank: durch Leistungsdruck, durch körperliche Belastungen, Schadstoffe usw. Schon jetzt gehen viele zu spät zum Arzt, weil sie um ihren Arbeitsplatz fürchten.
- **...werden wir nur noch eine gute Gesundheitsversorgung erhalten, wenn wir sie bezahlen können – die 2-Klassen-Medizin wird weiter verschärft.** Soll der Satz wieder gelten: weil du arm bist, musst du früher sterben?
- **...wird Schröder betriebsbedingte Kündigungen erleichtern.** Wenn die Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen aufgeweicht wird, kann der Unternehmer künftig willkürlich vorgehen. Das richtet sich vor allem gegen kranke und ältere KollegInnen. Gleichzeitig wird die soziale Absicherung verschlechtert, wenn Arbeitslosigkeit eintritt – und dagegen ist keiner geschützt..
- **...sollen jährlich 10 – 15 Milliarden Euro auf Kosten der Erwerbslosen (der angeblich „Faulen“) eingespart werden.** Über 55-Jährige erhalten nur noch 18 Monate Arbeitslosengeld, Jüngere nur 12 Monate. Danach (d.h. nach 18 bzw. 12 Monaten) gibt es unmittelbar Arbeitslosengeld II (bisher: Arbeitslosenhilfe) – aber erst, nachdem die Ersparnisse bis auf 1.250 € aufgebraucht sind. D.h. nach einem bzw. 1 ½ Jahren Arbeitslosigkeit will die Regierung die Leistungen auf die Höhe der Sozialhilfe drücken. Sie sollen mit Hilfe der Hartz-Gesetze gezwungen werden, auch schlechter bezahlte Arbeit, befristete oder Leiharbeit anzunehmen. Der bisher geltende Grundsatz, dass Arbeit so bezahlt werden muss, dass sie die Existenz sichert, wird ausgehöhlt. Das Lohnniveau wird gesenkt.

- **...soll es statt einheitlicher Tarifverträge für die vielen Betriebe einer Branche (Flächentarif wie z.B. in der Metallindustrie) Verträge mit einzelnen Betrieben geben.** Die Unternehmer der Privatwirtschaft haben durch Fusionen und Ausgliederungen und die öffentlichen Arbeitgeber durch Privatisierungen schon länger diesen Weg beschritten, ihn will die Regierung vorantreiben. Die einzige Kraft, die wir haben, soll ausgehebelt werden: **die Stärke, die in der Solidarität aller von Erwerbsarbeit abhängiger Menschen liegt.**
- **...werden wir als Rentner und Rentnerin immer weniger bekommen.** Und der Unternehmer freut sich über seine sinkenden Rentenbeiträge.

## **Und was verspricht Schröder als Erfolg dieser Maßnahmen?**

**Er sagt, er will den Sozialstaat erhalten** - baut er ihn deshalb „in Verantwortung für die Zukunft unseres Landes“ ab?

**Er sagt, er will die Arbeitslosigkeit bekämpfen, Arbeitsplätze schaffen** - erleichtert dabei den Unternehmern die Entlassung der Beschäftigten.

**Er sagt, alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen** – tatsächlich wird hier umverteilt.

- an die Unternehmer appelliert er, und macht ihnen und den Vermögenden gleichzeitig weitere gewaltige Steuergeschenke
- uns nimmt er das Geld aus der Tasche und verstärkt die Zwangsmittel bei den Erwerbslosen

## **Kolleginnen und Kollegen, was können wir tun?**

Niemand wird unsere grundlegenden Interessen verteidigen, wenn wir es nicht selbst tun.

Überall müssen wir die Informationen über den geplanten Angriff weitergeben und diskutieren, Proteste gilt es zu organisieren: am Arbeitsplatz, in der Gewerkschaft, beim Arbeitsamt, im Freundeskreis und Vereinen, in den vielen Gruppen, die sich schon um die sozialen Fragen organisieren.

Lassen wir uns nicht gegen einander ausspielen! Erinnern wir alle an die vielen gebrochenen Versprechungen der Politiker.

**NEIN** zu den Plänen Schröders, Stoibers und der Unternehmer!

Dies ist nicht der erste Angriff auf unsere errungenen sozialen Rechte. Wenn wir uns nicht wehren, werden weitere folgen.

## **NEIN zu diesen Plänen!**

## **Beteiligt euch an Protestaktionen –**

## **Es liegt an uns ..**

Von KollegInnen an KollegInnen

Verantwortlich: Erich Kassel Waterloostr. 84 28201 Bremen / Mitglied der IGM-Delegiertenversammlung